

11. Juli 1916.

Nutzbarmachung städtischer Grünflächen für Jugendfürsorge.

Heute nachmittags fand vor der Gemeinderatssitzung eine Sitzung des Stadtrates statt, in welcher Bürgermeister Dr. Weiskirchner über die Anlage neuer Spiel- und Sportplätze für die Jugend Bericht erstattete. Er führte aus, daß die städtischen Grünflächen den größten Nutzen erst dann gewinnen, wenn sie unmittelbar als Spiel- oder Sportplatz oder zur Erholung benützt werden. Es wären also Einrichtungen zu treffen, daß die Grünflächen mehr als bisher der Jugend nutzbar gemacht werden und daß auf den Grünflächen des Weichbildes sowohl als insbesondere des Wald- und Wiesengürtels die Lungen unserer Jugend widerstandsfähig gemacht werden. Diese Spiel- und Sportplätze sollen unter der Leitung vorgebildeter und besoldeter Spielleiter benützt werden und für die spielende mittellose Jugend wäre die Verabreichung einer Jause vorzusehen. Zu diesem Zweck sollen im laufenden Jahre mehrere Spielwiesen probeweise betrieben werden, um für eine großzügige künftige Ausgestaltung die notwendige Erfahrung zu sammeln. Zur Befriedigung des Erholungsbedürfnisses unserer Jugend und um das Wandern unserer Jugendlichen zu fördern, sollen im Wald- und Wiesengürtel und im Wienerwald einfache Baulichkeiten errichtet werden, welche während der Sommermonate als Erholungsstätten dienen, ähnlich jenen der Kinderschutzzustationen, während des ganzen Jahres aber auch als einfache Unterkunfshütten von der wandernden männlichen oder weiblichen Jugend benützt werden können. Diese sollen für den Winter heizbar gemacht werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner beantragte, für den genannten Zweck im 10. Bezirk auf dem Laaerberg Gründe im Ausmaße von 185.000 Quadratmeter, im 13. Bezirk auf dem Girzenberg 33.700, im 16. und 17. Bezirk auf der Kreuzwiese an der Labenburghöhe 34.200 und im 19. Bezirk am Reisenbergsattel beim Kobenzl 50.000 Quadratmeter, zusammen also 302.900 m² zu widmen. Auf diesen Gründen wird vorläufig die Errichtung von fünf Unterkunfshütten mit Küche, Abortanlagen, Hütte für Geräte, u. s. w. mit einem Kostenbetrage von 219.118 K genehmigt. Diese Anlagen dienen zunächst der erholungsbedürftigen Jugend. Das städtische Jugendamt wird beauftragt, über eine weiter gehende Verwendung dieser Anlagen zu Spiel- und Sportzwecken, zum Gartenbau und zu anderen Zwecken der Jugendfürsorge und über die Errichtung solcher Anlagen auch auf anderen geeigneten Gründen im Wald- und Wiesengürtel Vorschläge zu erstatten.

Die Bauführung ist möglichst zu beschleunigen. Zum Betrieb der Spielwiesen während des heurigen Sommers wird ein Betrag von 20.000 K zur Honorierung von Spielleitern und zur Schaffung

von Spielgeräten und ein gleicher Betrag zur Verstärkung der spielenden mittellosen Jugend genehmigt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 11. Juli.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner bringt eine Zuschrift der n.-ö. Statthalterei zur Kenntnis, nach welcher der Kaiser mit Entschluß vom 30. Juni die Beschlüsse des Wiener Gemeinderates bzw. des n.-ö. Landesausschusses betreffend die Erhöhung der Gemeindeumlagen sanktioniert hat.

Der Bürgermeister bemerkt dann: Dagegen hat die Regierung sich nicht bestimmt gefunden, wegen Erhöhung der Totalsteuern und Lustbarkeitssteuer die betreffenden Entwürfe der Allerhöchsten Sanktion zu unterbreiten und es wird deshalb in der heutigen Sitzung neuerlich zu diesen beiden Fragen Stellung zu nehmen sein.

Gespendet haben:

Anna Mautner 5000 K zur Entsendung armer schwächlicher Kinder in Ferienkolonien;

Bezirksvorsteher Kuhn 100 K für die Zöglinge des IV. städt. Waisenhauses in Döbling;

Kaufmann Eduard Ebner, Musiklehrer Moritz Lampel und Geschäftsreisender Hermann Rubin je 20 K für die Armen.

Das Handelsministerium hat dem Arbeits- und Dienstvermittlungsamt der Stadt Wien eine Subvention von 1600 K als Beitrag zur Bestreitung der durch die Arbeitsvermittlungstätigkeit erwachsenen Kosten insbesondere durch die monatliche Berichterstattung an das k.k. Arbeitsstatistische Amt gewidmet.

GR. Kunschak stellt folgende Anfrage: Der Krieg mit seinen zahllosen Schwierigkeiten im Gefolge läßt auch den Kindern des Volkes den Ernst der Zeit schwer verspüren. Um von den Kindern wenigstens die schwerwiegendsten Gefahren abzuwenden, hat die öffentliche und private Jugendfürsorge mit erhöhtem Eifer eingesetzt. Als höchst begrüßenswerte und zweckdienliche Unternehmung wurde die Aktion „Wiener Kinder auf s L a n d“ ins Leben gerufen. In der Natur der Sache wie in den schwierigen Verhältnissen erscheint es gelegen, daß genannte Aktion trotz redlichstem Willen nur einem verhältnismäßig kleinen Teil der Wiener Kinder Hilfe bringen kann. Zehntausendebedürftiger Kinder werden in Wien zurückbleiben und der so notwendigen Erholung in Sonne, Luft und Wasser entbehren. Auch diesen Kindern soll einigermaßen Ersatz für Landaufenthalt geboten werden und dieser kann ihnen auch bereit

gestellt werden. Der regulierte Wienfluß bietet hierzu billige und praktische Möglichkeit. Schon durch die große Stauanlage in Tullnerbach wird das Wasser des Wienflusses gereinigt und durch den Umstand, daß keinerlei Abwässer in das Flußbett geleitet werden, auch rein erhalten. Das Flußbett mit seiner Betonsole und den Abschlußmauern bietet zugleich auch eine fast ideale Tummelplatz. Der Nutzbarmachung des Wienflusses als Kinderbade- und Tummelplatz stehen gewisssachen weder ernste technische noch nennenswerte finanzielle Schwierigkeiten entgegen. Tausenden von Kindern aber würde dadurch für ihre Gesundheit und körperliche Entwicklung reicher Segen erschlossen werden.

Es wird gefragt, ist der Bürgermeister bereit, Auftrag zu geben, daß die Frage der Nutzbarmachung besonders geeigneter Teile des Wienflusses als Kinderbade- und Tummelplatz dem schnellsten Studium unterzogen werde? Ist der Bürgermeister bereit, falls dieses Studium - woran nicht zu zweifeln ist - ein günstiges Resultat ergibt, Verfügungen dahin zu treffen, daß die Anregung so rasch als möglich in Wirklichkeit umgesetzt werde?

Bgm. Dr. Weiskirchner erwidert, die Anfrage werde als Antrag behandelt und der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen werden. Der Antrag entspricht vollständig den Intentionen, von welchen ich in meinem heutigen Referat gesprochen werde.

GR. Rotter stellt eine Anfrage des Inhaltes, daß Zeitungsmeldungen zufolge das Reichamt die Bevölkerung aufgefordert habe, den Behörden bei Abstellung der Betrügereien durch die Detailhändler behilflich zu sein. Wenn auch nicht geleugnet werden könne, daß unter den Tausenden von Detailhändlern - wie überall - sich unredliche Elemente befinden, so geht es doch nicht an, daß k.k. Ämter in einer solchen Weise einen ganzen Stand in den Augen der Bevölkerung als Betrüger hinstellen. Es wird deshalb gefragt, ob eine solche Aufforderung seitens eines k.k. Reichamtes ergangen ist und wenn ja, ob der Bürgermeister die betreffende Behörde auf das zumindest Eigentümliche dieses Vorgehens aufmerksam machen wolle.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich werde mich über diese Interpellation mit dem Reichamt ins Einvernehmen setzen. Mir persönlich ist von dem in der Anfrage enthaltenen Darlegungen nichts bekannt.

GR. Rotter stellt ferner folgende Anfrage: Den Vertretern der Bäckergenossenschaft wurde kürzlich von der Landestelle für Niederösterreich der Kriegsgetreideverkehrsanstalt mitgeteilt, daß nunmehr rumänisches Weizenmehl zur Verteilung an die Bäcker gelangen werde, welches zwar um 10 K per Meterzentner teurer, dafür aber von besserer Qualität sein werde.

Da trotz der Verteuerung des Mehles eine Erhöhung der Brotpreise abgelehnt wurde, einigte man sich auf die Reduktion der Erhöhung von 3 K per Meterzentner. Es stellte sich heraus, daß das teurer bezahlte Mehl von minderer Qualität war, ferner, wurde den Bäckern bei der Uebernahme des Mehles für jeden Sack ein Einsatz von K 3,40 abgenommen und ihnen bedeutet, daß diese Säcke nicht zurückgenommen werden. Diese Säcke waren derart alt und zerrissen, daß sie nicht einmal zu Reiblappen verwendet werden können. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister gegen dieses merkwürdige Vorgehen der Kriegsgetreideverkehrsanstalt maßgebenden Ortes nachdrücklichst Protest erheben wolle.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Der Magistrat hat in dieser Angelegenheit bei der K.G.V.A. bereits energische Vorstellungen erhoben und wird außerdem beim Ministerium des Innern als der zur Aufsicht auf die Kriegsgetreideverkehrsanstalt berufenen Behörde im Sinne der Anfrage Beschwerde führen.

GR. Skaret stellt folgende Anfrage: Wie in maßgebenden Kreisen verlautet, soll bei der Regierung gelegentlich der geplanten Neuregelung des Gesetzes vom 27. April 1887 betreffend die Militärversorgung der Witwen und Waisen von Offizieren und Mannschaft des Heeres, der Kriegsmarine, der Landwehr und des Landsturmes abermals die Absicht bestehen, die unehelichen Kinder von gefallenen Soldaten anders, das heißt schlechter zu behandeln, als die ehelichen Kinder. Ebenso sollen die unehelichen Kinder bei der bevorstehenden gesetzlichen Neuregelung der Versorgungsgenüsse von invalid gewordenen Soldaten gegenüber den ehelichen zurückgesetzt werden. Wenn dies tatsächlich eintreten sollte, so wäre das ein bedauerlicher Rückschritt gegenüber dem Gesetze vom 26. Dezember 1912, ja es wäre eine Verhöhnung der heute zur Allgemeinheit gewordenen Grundsätze: Alles für das Kind! Ein solcher, heute noch eingennommener Standpunkt wäre durch nichts zu rechtfertigen und würde nur ein Wiederaufleben der rückständigsten und reaktionärsten Ansichten bedeuten. Nachdem das uneheliche Kind aus menschlichen, humanitären und nicht zuletzt aus volkwirtschaftlichen Gründen des Schutzes ebenso bedürftig ist wie das eheliche, so stelle ich die Anfrage: Ist der Bürgermeister bereit, dem Gemeinderate Gelegenheit zu geben, seinen Standpunkt bezüglich der Behandlung der unehelichen Kinder in den geplanten Nachtragsgesetzen festzulegen und der Regierung bekanntzugeben, daß der Wiener Gemeinderat eine Unterscheidung zwischen ehelichen und unehelichen Kindern aus menschlichen, humanitären und volkwirtschaftlichen Gründen nicht zu billigen vermag?

Bgm. Dr. Weiskirchner: Ich glaube, dass ich in einer der nächsten Sitzungen diese Sache in Form einer Petition

GR. Krones stellt folgenden Antrag: Der Bahnsohranken bei der Station Unter-Hetzendorf der Verbindungsbahn in der Altmannsdorfer Strasse im XII-Bezirke, bleibt bei dem regen Zugverkehr sehr häufig durch längere Zeit geschlossen, wodurch der unbehinderte Zugang zur Strassenbahn, zur Station Unter-Hetzendorf und zur Station Hetzendorf der Südbahn gehemmt wird. Die Häufigkeit und die Dauer dieser Strassenverkehrsbehinderung wird von den Beamten, Angestellten und von der Arbeiterschaft schwer empfunden, da ein rechtzeitiges Eintreffen in den Betriebstätten hiedurch wiederholt unmöglich gemacht wird. Auch die Hausbesitzerchaft des in Mitleidenschaft gezogenen, neu entstandenen, schon dicht bebauten Bezirksteiles hat deshalb schon mehrmals berechtigte Klagen erhoben, weshalb ich neuerlich den Antrag stellen muss: Der Bürgermeister möge sich bestimmt fühlen, mit der k.k. Staatsbahndirektion in Verhandlung zu treten und durch Errichtung eines Uebergangssteges über die Verbindungsbahn im Zuge der Altmannsdorfer Strasse bei der Station Unter-Hetzendorf die dringend notwendige Abhilfe gegen die fühlbare Verkehrsbehinderung schaffen, wie dies bereits in dankenswerter Weise in der Schönbrunner Allee und in der Rosenhügelstrasse geschehen ist.

GR. Koppensteiner beantragt, dass der Beschluss des Stadtrates, betreffend Fortgenuss eines allfälligen Naturalquartiers oder Quartiergeldes seitens der zur Dienstleistung einberufenen Lehrpersonen auch auf die städtischen Beamten ausgedehnt werde.

GR. Dr. Loewenstein stellt folgende Anfrage: In der Gemeinderatsitzung vom 28. Juni 1918 hat Herr Gemeinderat Kunschak mitgeteilt, dass über Veranlassung des Herrn Bürgermeisters die von der n-8-Statthalberei in der jüngsten Zeit erfolgte Verordnung derzufolge der Besuch in den öffentlichen Krankenanstalten nur jenen Personen, welche ein Ex Impfzeugnis vorzuweisen in der Lage sind, gestattet ist, „bis auf späteren Zeitpunkt sistiert wurde“. Nach meinen Informationen bezieht sich jedoch diese Sistierung nicht auf alle öffentlichen Krankenanstalten, sondern bloss nur auf das Kaiser Franz Ex Josef Jubiläumshospital und auf die Landesheil- und Pflegeanstalten am Steinhof. Mit dieser Statthalberei Verordnung, die scheinbar den Charakter einer drakonischen Massnahmeträgt, wurde nichts anderes bezweckt, als eine grössere Anzahl von Personen, die zwangsweise nicht geimpft werden können, dem im öffentlichen Interesse gelegenen Impfschutz zugänglich zu machen.

Zu den Erkrankungen, welche im Laufe eines Krieges eine besondere Steigerung erfahren, gehören, wie die Statistik nachweist, nicht in letzter Linie die Blattern. Eine Zunahme dieser Erkrankung ist bei den gegenwärtigen Verhältnissen umso wahrschein-

licher, da bekanntlich in Russland die Blattern unter der bäuerlichen Bevölkerung sehr verbreitet sind und auch zu ~~normalen~~ normalen Zeiten Blatternfälle in Galizien häufiger vorkommen, als sonst in den anderen Gegenden. Wenn auch seitens des Physikates schon zu Beginn des Krieges Massnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung der Blatternkrankungen vorgenommen wurden und der Aufruf an die Bevölkerung bezüglich der Schutzimpfung erfolgte, ist in Wien noch ein grosser Teil der Bevölkerung ungeimpft geblieben.

An Gegnern, welche ein Impfgesetz verhindern wollen, hat es von jeher nicht gefehlt. Mit aller möglichen Einwänden suchen dieselben den auf Grund von wissenschaftlicher Beobachtung festgestellten Wert der Impfung herabzusetzen. Dies bisher während des Krieges bezüglich der Impfung ~~vorliegenden~~ vorliegenden statistischen Nachweise haben den Beweis erbracht, dass die Verbreitung von Infektionskrankheiten eine verhältnismässig geringe ist, und dass dies ausschliesslich den zweckentsprechenden Massnahmen zu verdanken ist. Um jedoch die Verbreitung von Blattern zu vermindern erscheint die Impfung beziehungsweise Wiederimpfung als eine unbedingt notwendige und nur bei der Durchimpfung der gesamten Bevölkerung ist das Gefährlichkeitsmoment der Verbreitung der Blattern ein ~~ausserst~~ geringes.

Um einer drohenden Blatterngefahr in wirksamster Weise zu begegnen, beantragen wir, der Gemeinderat der Haupt und Residenzstadt Wien, wolle beschliessen, die Regierung anzufordern, auf dem gegebenen Wege an stelle des gegenwärtig bestehenden Impfstandes ein Gesetz betreffend die obligatorische Impfung zu erlassen.

GR. Körber beantragt die Aufstellung eines Wartehäuschens der städtischen Strassenbahn am Kaiser Ferdinandsplatz im I-Bezirke und den Umbau der daselbst befindlichen oberirdischen Bedürfnisanstalten in eine unterirdische.

GR. Körber beantragt, dem Uebelstande, dass auf dem freien Platze gegenüber dem Elektrizitätswerke II in der Engerthstrasse Asche und Schlacken abgelagert werden, ebensolches abzuhelfen.

Die Vizebürgermeister Hierhammer, Hög und Rain und Genossen stellen folgenden Antrag: Während es gelungen ist, die einstmals als Begleiterscheinung aller grossen Kriege gefürchteten Volksseuchen, wie Blattern, Cholera, Fleckfieber, Pest, usw. im gegenwärtigen Weltkriege durch sanitäre Massnahmen fern zu halten und ihre Ausbreitung zu verhindern, hat jene verheerendste Volkskrankheit, der in Friedenszeiten alljährlich Tausende und Abertausende in der Blütekraft ihrer Jahre zum Opfer fallen, im Laufe des Krieges in geradezu schreckenerregender Weise zugekommen. Bei der langen Dauer des Krieges ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, dass diese Krankheit unter den ~~hierzu~~ hierzu disponierten Soldaten noch weiters an Ausbrei-

tung gewinnen wird. Die in die häusliche Pflege Heimkehrenden werden aber die Krankheit auf ihre Hausgenossen übertragen, die infolge der Unterernährung gewiss auch schon vielfach die Disposition für die Krankheit in sich tragen werden.

Diese Befürchtungen haben das Ministerium des Innern zur Gründung einer „Oesterreichischen Vereinigung zur Bekämpfung der Tuberkulose“ veranlaßt, der die Aufgabe zufällt, die Bekämpfung der Tuberkulose in Oesterreich, welche im Vergleiche zu anderen Staaten sehr rückständig ist, planmässig auszugestalten.

Die Ziffern der Statistik enthalten ernste Mahnungen für jene, denen die Verantwortung für das Wohlergehen der Bevölkerung obliegt. Während beispielsweise in Wien im den Jahren 1906 bis zum Ausbruch des Krieges die Zahl der Todesfälle an Tuberkulose aller Art eine stetig fallende Tendenz zeigt, im Jahre 1906 betrug sie 7480, 1914 nurmehr 6223 Personen, ist sie seither in steter Steigerung begriffen. Mit Ende 1915 beträgt sie bereits 7810 und die Zahl der Todesfälle in den Monaten April und Mai 1916 1111 bzw. 1074 läßt einen Schluß auf jene Ziffern zu, welche wir von nun ab zu erwarten haben.

Dieses Anwachsen der Tuberkulose-Todesfälle steht unzweifelhaft mit dem Kriege in ursächlichem Zusammenhange; denn ein ähnliches Anwachsen zeigt sich auch anderwärts; so sind in Böhmen im Jahre 1915 um 2000 Personen mehr der Tuberkulose erlegen.

Wenn auch insbesondere im Hinblick auf diesen unleugbaren Zusammenhang die Durchführung der zur Bekämpfung dieser Volksseuche zweckdienlichen und notwendigen Massnahmen in erster Linie dem Staate obliegt und nur durch eine weit ausgreifende Aktion der Regierung den aus der Ausbreitung der Tuberkulose der gesamten Bevölkerung drohenden Gefahren wirksam begegnet werden kann, so darf dennoch die Gemeinde Wien, wenn es sich um die Bekämpfung dieser fürchterlichen Krankheit, die ihre Opfer zumeist im Alter der Erwerbsfähigkeit sucht, und daher am Marke der Volkskraft zehrt, nicht zurückbleiben.

In dieser Beziehung wird die Gemeinde Wien der zur Bekämpfung der Ausbreitung der Tuberkulose bereits ~~fast~~ bestehenden privaten Fürsorgetätigkeit nicht entraten können; Sache der Gemeinde wird es vielmehr sein, die Bestrebungen privater Hilfsaktionen auf diesem Gebiete möglichst zu fördern und diese Hilfstätigkeit zu einem planmässigen und wirksamen Kampfe gegen die Tuberkulose zusammenzufassen und tunlichst zu verringern.

Es wird daher beantragt:

1. Der Gemeinderat wolle zur Ausgestaltung der Einrichtungen zur Bekämpfung der Tuberkulose, insbesondere entsprechende Fürsorgetätigkeiten einen Betrag von 1 Million Kronen widmen.
- Der Bürgermeister sei zu ersuchen, für Wien eine Organisa-

tion zu schaffen, welche die Zusammenfassung aller auf dem Gebiete der Tuberkulosebekämpfung in Betracht kommenden Stellen und aller mit diesem Zweige der Gesundheitspflege sich befassenden privaten Vereinigungen zur planmässigen Arbeit bezweckt.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

Es wird zur Erledigung der Tagesordnung geschritten.

VbM. Hierhammer übernimmt den Vorsitz.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner beantragt die Widmung eines Betrages von 100.000 K für die Aktion „Wiener Kinder aufs Land“ unter der Voraussetzung, daß fünf Mitglieder der Gemeindevertretung im Zentral-Arbeitsausschusse dieser Aktion Sitz und Stimme erhalten.

GR. Skarot: Es ist gewiss zu begrüßen, dass von allen Seiten nunmehr ein lebhafteres Tempo in der Fürsorgetätigkeit für das Kind platzgreift. Es spottet jeder Beschreibung, wie heute die Kinder der Aermsten der Armen in den Straßen Wiens leben ~~und dazu kommt noch, dass die Eltern selbst vollständig unterernährt mit den Unterhaltsbeiträgen oder ihren vielfach kärglichen Löhnen nicht mehr ihr Auslangen finden können~~. Wenn diesen Kindern Aufenthalt auf dem Lande gewährt werden kann, ist das gewiss eine erfreuliche Tat. Ich möchte dabei aber auf ein Moment zurückgreifen, das ich bereits bei meiner heutigen Interpellation erwähnt habe. So unglaublich es sein mag, sehen wir doch, dass eine ganze Reihe von Bestrebungen im Zuge sind, die sich ganz nicht genug tun können, einen Unterschied zu machen, zwischen dem armen Kinde, das unehelich geboren und jenen das ehelich geboren ist. Wie man hört, hat die Regierung auch die Absicht, in den Nachtragsgesetzen betreffend die Militär-Hinterbliebenenversorgung, die Kinder unehelicher Geburten schlechter zu behandeln. Man sollte meinen, dass wir heute im 20. Jahrhundert über derartige veraltete und reaktionäre Ansichten schon hinaus sind. Wenn man bedenkt, was dieser völkermordende Krieg für ungeheure Lücken ~~am Bewusstsein~~ gerissen hat, wenn man weiters bedenkt, dass in dieser Zeit eben deshalb sich alle Sorgfalt dem Kinde und dem kommenden Nachwuchs zuwendet ~~und wenn man dabei noch immer so veraltete und verpörrte Ansichten vorfindet~~, so muss man sich sagen, dass diese Leute wohl überhaupt nicht zur Vernunft kommen können. In Deutschland hat man 1915 bereits 3500 uneheliche Kinder gezählt, deren Väter im Kampfe draussen an der Front standen. Und von 15000 Kindern waren die Väter im Jahre 1915 bereits gefallen. In Oesterreich ist der Prozentsatz der unehelichen Kinder ein noch grösserer, er beträgt 12% gegenüber 9% und alle diese Kinder sollen nun schlechter gestellt werden, sollen schlechter leben müssen und schlechter ernährt

werden als die anderen. Da wirkt eine solche Vorlage, wie die gegenwärtige wie ein Lichtmoment in diesen finsternen Zeiten. Derartige Ausgaben brauchen die Gemeinde nicht reuen, es sind Auslagen, die eigentlich in späterer Zeit unserer gesamten Volkswirtschaft wieder zugute kommen werden. Es ist sehr zu begrüßen, dass die Gemeinde diese Einsicht besitzt, ~~weil der Staat nicht die Kosten~~ und wir werden deshalb auch für das Referat des Herrn Bürgermeisters stimmen.

GR. Philp: Es ist gewiss Niemand in diesem Saale, der dem Antrage des Bürgermeisters seine Zustimmung versagen wollte. Der Krieg hat uns viele Nunerungen gebracht, aber die Einrichtung „Wiener Kinder aufs Land“ halte ich für eine der segensreichsten. In der Schule macht man wohl am besten die Wahrnehmung, wie notwendig es ist, die schwachen armen Kinder aufs Land zu schicken. Die Eltern wenden sich immer an die Lehrer um Rat, leider aber reichen die bisherigen Unternehmungen, die Kinderschutzstationen, die Ferienhorte, nicht aus, um auch nur einen Bruchteil der Kinder aufs Land zu schicken. Das Land Niederösterreich und die Gemeinde Wien haben bisher keine Kosten geschaut und nun, da eine Zentralstelle in dieser ~~Ernährung~~ Angelegenheit geschaffen worden ist, stellt sich die Gemeinde Wien durch ihre Widmung ein glänzendes Zeugnis aus. Ich hoffe auch, dass der Landesausschuss nicht unter den Spendern fehlen wird, leider fehlt der Staat unter diesen und ich glaube, dass wir hier öffentlich an die hohe Regierung das Ersuchen stellen sollen, den Unternehmern mit einnehmhaften Beträge beizuspringen. Ich hätte nur noch die Bitte, dass diese Aktion eine ständige bleiben möge, denn es werde dann möglich sein dieselbe auch auszubauen.

GR. Dr. Loewenstein: Ich glaube, dass es keinen Wiener geben wird, der nicht mit besonderer Freude diesen Antrag begrüßen wird. Gerade unter den gegenwärtigen traurigen Verhältnissen, die der Krieg zeitigt hat, wo die Kinder der Aufsicht der Väter entbehren, wird diese Aktion segensreich wirken und zweifellos der Verrohung der Jugend, die sich heute vielfach bemerkbar macht, steuern. Der Redner spricht den Wunsch aus, dass die Kinder, welche auf das Land geschickt werden, vorher einer ärztlichen Untersuchung unterzogen werden, weil die Kinder ~~verschiedene~~ Klimata nötig haben werden. Er begrüßt den ~~Antrag~~ Antrag auf Freigabe und schliesst sich dem Vorredner an, welcher die ~~Anre-~~ ^{Einrichtung} Einrichtung gegeben hat, dass die ~~Einrichtung~~ Einrichtung zu einer ständigen werde.

Gen. R. Biehlolawek gibt zur ^{zwei} Aufklärung bekannt, dass der Landesausschuss seit über 10 Jahren ~~hat~~ Erholungsstätten auf seine Kosten erhält und über 3000 ~~in~~ Kinder am Lande verpflegt. Diese Einrichtung ist bereits durch seinen Vorgänger Oberkurator Steiner getroffen worden.

BGM. Dr. Weiskirchner dankt in seinem Schlussworte für die freundliche Aufnahme seines Antrages und sagt: „Wir sind vor mehr als 10 Jahren darangegangen, Kindererholungsstätten zu schaffen und Sie werden durch Kooperation der Gemeinde Wien, welche den Grund bestellte, das Landesausschusses, welcher den Betrieb übernommen hat, und des Vereines Kinderschutzstationen in Busserst ^h erfolgreicher Weise geführt. Wir haben am ~~Gänsehügel~~ Gänsehügel eine Kindererholungsstätte errichtet, ich darf darauf hinweisen, dass wir Ferienkolonienvereine seit Jahren unterstützen und dass jetzt in der Kriegszeit eine Erweiterung dieser Aktionen Platz ^{Philp} ~~ergriffen~~ ergriffen hat. Ich möchte dem Antrag des Kollegen ~~Stark~~ ^{Philp} voll und ganz zustimmen. Es wird unsere Aufgabe sein, diese Aktion in Verbindung mit dem Landesschulrate, Landesausschuss und der Gemeinde Wien zu einer ständigen zu gestalten. Dem Komitee „Wiener Kinder aufs Land“ gehört auch Landesausschuss Kuneschak an. Ich möchte den Herrn Medizinalrat Dr. Loewenstein warnen, so viel von der Verrohung der Kinder zu reden. Ich war im 10. Bezirk und habe die Schulgärten, Kriegsgemüsegärten besichtigt. Mit welchem Fleiss, mit welcher Mühe und Liebe sich die Kinder diesen Gärten zuwenden, das gibt mir die Gewähr, dass sie nicht verrohen, sondern durch die sittliche Kraft der Arbeit gute Menschen werden. Nicht nur die Verluste, die uns der männermordende Krieg reisst, werden wir schwer empfinden. Wir wollen auch abwarten, wie die Soldaten zurückkehren. Aber unsere heilige Pflicht ist es, die Kinder des deutschen Volkes in Wien zu tüchtigen kräftigen Männern und Frauen zu erziehen, damit wir eine Zukunft vor uns haben, welche der Ehre und dem Ansehen der Stadt Wien entspricht. (Lebhafter Beifall.)

Der Antrag des Bürgermeisters wurde hierauf einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Weiskirchner berichtet über die Nutzbarmachung städtischer Grünflächen für die Jugendfürsorge und führt noch aus: Gestern haben mir die Aemter Vorschläge wegen weiterer Benützung von Grünflächen erstattet. Heute früh war ich mit den Vertretern des 10. Bezirkes und den Beamten draussen am Laaerberg und ich will, dass diese Erholungsstätten längstens in 10 Tagen eröffnet werden.

Infolge dieser Neuschöpfung wird der verrufene Laaerberg noch eine Kulturlfläche Wiens werden. Der Bürgermeister beantragt schliesslich, dass der Gemeinderat: 1. für die Installierung dieser Erholungsstätten einen Betrag von 225.000.-- Kronen widme und 2., dass der Gemeinderat 20.000 Kronen zu Honorierung von Spielleitern und zur Schaffung von Spielgeräten und 20.000 Kronen zur ~~Verkäufung~~ ^{Verkäufung} der ~~spielen-~~ ^{spielen-} den armen Jugend bewilligt. Er bittet diese Anträge anzunehmen in dem Sinne, dass die Gemeinde auf diesem

soziale schon gearbeitet hat und dass auch die vorliegenden Anträge nicht den Schluß dieser Aktion darstellen. (Lebhafter allseitiger Beifall.)

GR. Reumann: Wir sind angenehm berührt, wenn eine Sache von so grosser Wichtigkeit möglichst rasch durchgeführt wird. Der Bürgermeister hat angeführt, dass die heutige Vorlage nur der Beginn der Aktion sei und dass eine grosse Anzahl solcher Spielplätze errichtet werden sollen. Wenn schon der Beginn so grosszügig ist, so können wir hoffen, dass jene Erwartungen, die man vom Standpunkte der Kinderfürsorge zu stellen berechtigt ist, im vollsten Masse verwirklicht werden. Ich kann nur meine Befriedigung darüber aussprechen, dass die Gegenwart neue grosse Gedanken geboren hat, andere Gedanken, als solche, die ~~ich~~ früher in diesem Saale zum Ausdruck kamen. Als wir in den Gemeinderat einzogen, haben wir eine ganze Reihe von Anträgen im Interesse der Jugendfürsorge gestellt und ich brauche nicht zu erörtern, wie diese Anträge behandelt wurden. In der Gegenwart wurden geradezu kolossale Fortschritte gemacht und wenn auch der Krieg eine der Ursachen gewesen ist, dass andere Gedanken über die Jugendfürsorge durchdrangen, so bin ich doch freudig berührt, dass wenigstens jetzt die allgemeine Ansicht vorherrscht, dass für die Jugend in entsprechender Weise vorgesorgt werden muss. Es ist selbstverständlich, dass über diese Frage eine vollständige Einigkeit in diesem Saale herrscht, sowie überhaupt in der letzten Zeit die Beobachtung gemacht wurde, dass immer dann, wenn es sich um Einrichtungen im Interesse der gesamten Bevölkerung handelt, eine Uebereinstimmung zwischen Majorität und Opposition zu verzeichnen ist, wie sie vielleicht in früherer Zeit nicht vorhanden waren. Mit Befriedigung will ich ferner hervorheben, dass wir über einen tüchtigen Beamtenkörper verfügen, welcher mit voller Sachkenntnis an die Lösung der ihm gestellten Aufgaben schreitet. Wir müssen dahin wirken, dass unsere Jugend ein kräftiges Tragbalken für jene Lasten werde, welche sicherlich in der Zukunft auf die Bevölkerung gehäuft werden. Die Lasten werden ins Riesenhafte wachsen und müssen von der Bevölkerung getragen werden. Ich freue mich insbesondere darüber, dass im 10. Bezirk der Anfang gemacht wurde, da ja dieser Bezirk der Kinderreichste ist. Die Initiative der Gemeinde wird sicherlich befruchtend wirken auch auf andere Kreise. Im Interesse der ganzen Bevölkerung und im Interesse der Erziehung der Jugend begrüßen wir die Anträge des Bürgermeisters auf das wärmste.

(zum Schlusswort)
Bgm. Dr. Weiskirchner: Ich habe das Gebiet der Kinderfürsorge immer als einen neutralen Boden betrachtet, auf welchem die Angehörigen aller Parteien zusammenwirken sollen, ~~wann~~ ^{denn} der Programmpunkt „Heilig ist uns das Kindhaus

und alle leiten. Auch ich glaube, dass die Auslagen, die wir für diese Sache machen, zu den produktivsten gehören, wenn sich dies auch nicht statistisch erfassen lässt.

GR. Reumann hat mit Anerkennung der Beamtenschaft gedacht. Ich bin stolz auf meine treuen Mitarbeiter im Beamtensstande und ich bin überzeugt, dass Sie ihre Fähigkeiten auch bei der Durchführung dieser Angelegenheit beweisen werden. Bei der Fertigstellung der Anlagen werden wir alle hinausgehen um die Kinder des Volkes zu begrüßen, welche dort eine Erholungsstätte finden.

Bei der Abstimmung wird der Referent ~~an-~~ ^{einstimmig} angenommen. - Die Abstimmung wird mit lebhaftem Beifall begrüsst.

VB. Hoß beantragt die Bewilligung von Zuschußkrediten und zwar für „Zehrgelder, Kostgelder und dergleichen“ 65.000 K, für den Betrieb der Kühlanlage und Eiszerzeugung im Schlachthause St. Marx 36.300 K und für den städtischen Fuhrwerksbetrieb 620.000 K. (Ang.)

VB. Hoß beantragt die Bewilligung eines Nachtragskredites für Gnadengaben und Aushilfen an Angestellte oder Hinterbliebene von Angestellten der städtischen Elektrizitätswerke in der Höhe von 8000 K (Ang.)

VB. Hoß beantragt den von der Gemeinde angekauften Speicher Zwischenbrücken (früher Lagerhaus S. & W. Hoffmann) als öffentliches Lagerhaus und als Lagerhaus der Stadt Wien zu betreiben. Das Reglement und der Gebührentarif des Lagerhauses der Stadt Wien sei auch auf den genannten Speicher ^{Speicher} ~~Speicher~~ anzuwenden. (Ang.)

VB. Hoß beantragt die Genehmigung eines Nachtrages zum Gebührentarif des Lagerhauses der Stadt Wien betreffend die Anwendung der für die übrigen Kaimagazine geltenden Wasserversicherungsgebühr auch auf den Speicher Zwischenbrücken. (Ang.)

VB. Hoß berichtet über die Deckung des Mehrefordernisses für die „Militärbequartierung“ und beantragt das sich voraussichtlich Ende Juni 1916 ergebende, unbedeckte Mehrefordernis von rund 2.842.900 K für Rechnung der Einquartierungsgelder, ^{deren} ~~deren~~ Ende Juni 1915 verbleibende Schuld an die Gemeinde Wien im Betrage von 58.710 K sich hiedurch mit Ende Juni 1916 auf rund 2.900.000 K erhöht, auf die Kassabestände der eigenen Gelder zu zu verweisen.

GR. Steiner: Ich erkläre, dass ich nur mit Bedauern diesem Antrage zustimmen kann und muss, Es wäre Pflicht der Regierung gewesen, die Militäreinquartierungsfrage zu regeln und zu lösen. ~~Ex~~ Im Abgeordnetenhaus wurde nahezu alljährlich der Antrag gestellt, die Regierung aufzufordern, eine Novellierung zum Militäreinquartierungsgesetz durchzuführen. Ein gleicher Antrag wurde in den Delegationen von 1906 und 1911 gestellt und in der österreichischen Delegation wurde der Antrag im Jahre 1911 sogar zum

Beschlüsse erhoben. Die Novellierung des Gesetzes ist leider nicht durchgeführt worden und jetzt wurde erst entdeckt, dass der Staat eigentlich nicht für den Ersatz der Einquartierungskosten aufzukommen habe. Wir können dagegen zwar nichts tun, ich erlaube mir aber heute einen Antrag zu stellen der gleichlautend ist, mit jenen, der in der Delegation im Jahre 1911 angenommen wurde und der lautet:

Die k.k. Regierung wird aufgefordert, die gesetzlichen Bestimmungen über die Militäreinquartierungslasten einer Umarbeitung nach der Richtung zu unterziehen, dass die aus dieser Last erwachsenden Auslagen ohne finanzielle Inanspruchnahme der Gemeinden oder der Landesfonds zur Gänze aus den Mitteln des gemeindlichen ~~XXXXXX~~ Heeresetat, beziehungsweise dem Etat der Landwehr getragen werden.

Es würde heute zu weit gehen, hier anzuführen, für was alles die Gemeinde die Einquartierungskosten bezahlen muss, ich bitte aber den Herrn Bürgermeister diesen Antrag im Wege der Petition oder des Stadtrates zu behandeln.

VBGM. Hoos: erwidert in seinem Schlussworte, er halte den Antrag sehr zweckmässig und ~~XXXX~~ ersuche demselben ~~XXXXXX~~ zuzustimmen.

Es werden schon der Referentenantrag, wie auch die Resolution des GR. Steiner einstimmig angenommen.

Nach einem Berichte des VB. Hoos wird dem Vereine zur Pflege der körperlichen Erziehung im 12. Bezirke zur Aufrechthaltung des Betriebes für das Jahr 1916 eine Subvention von K 300 bewilligt.

VB. Hoos beantragt den Gemeinderatsbeschluss vom 16. Mai 1916 über die Bewilligung von Kriegszulagen an die Angestellten der Gemeinde rückwirkend vom 1. April 1916 dahin abzuändern, dass den Angestellten der dritten Klasse, welche für mehr als drei Kinder zu sorgen haben, für jedes weitere Kind eine Erhöhung der Kriegszulage von jährlich 60 K bewilligt wird. (Ang.)

VB. Hoos berichtet über die Abänderung der Abgabordnung, betreffend die Einhebung einer Gemeindeabgabe von öffentlichen Vorführungen in Wien.

GR. Biehlolawek: Ich war leider seinerzeit bei den Beratungen erkrankt, sonst hätte ich wahrscheinlich schon gegen die damalige Vorlage Stellung genommen. Es ist heute schon den Beamten des Magistrates der Dank ausgesprochen worden, ich kann mich diesem Danke nur anschließen, denn ich kenne keine treueren und anhänglicheren Beamten insbesondere wo es sich um den fiskalischen Standpunkt handelt. Sie betrachten die Gemeinde Wien wie ein Kind und suchen für dieses herauszubekommen, was nur gibt. Die Gemeinde Wien darf daher nicht nur vom Bürgermeister bis zum ~~XXXXXX~~ herunter betrach-

tet werden, die Gemeinde Wien sind die zwei Millionen Menschen, die hier leben und arbeiten müssen, und bei allen diesen Fragen soll deshalb auch immer auf die steuerzahlende Bevölkerung Rücksicht genommen werden. Die Kunstinstitute sind ja auch Unternehmungen, die Steuer zahlen müssen und es dürfte der Griff da etwas zu gross gewesen sein. Der Sprung von 10 auf 2 % herunter erscheint mir allerdings wieder etwas zu arg. Was mich jedoch besonders veranlasst hat, das Wort zu ergreifen ist der Umstand, dass jetzt auch die Freikarten-Besitzer aus dem Spiel bleiben sollen. Da bin ich zu meinem grossen Bedauern nicht in der Lage dafür zu stimmen, selbst wenn ich mit meiner Ansicht allein bleiben sollte. Die Freikarten sind an und für sich ein Übel, es gibt niemanden auf der Welt, der umsonst arbeiten will. Die Theaterdirektoren reden sich immer darauf aus, dass sie füllen müssen und wenn man sie wegen der hohen Sitzpreise fragt, dann erwidern sie: „Ja was glauben Sie denn, was ich Gage zahlen muss?“ der und der bekommt jetzt 70.000 Kronen, der früher einmal Partiewarenhändler war und dann ein bißchen Tanzen und Zählerfletschen kann“. Die Freikartenjäger sind aber meist wohlhabende Leute, das arme Publikum zahlt seine Karten, nur die Parkettsitze und Logen werden freigegeben, auf der Gallerie gibts keine Freikarten. Das Publikum hat heute überhaupt einen sehr merkwürdigen Geschmack. Seit etwa 10 Jahren herrscht bei uns eine Devastation auf dem Gebiete der Musik. Die Operetten sind so ziemlich das Schlimmste, was man vernahmen kann, unsinnige Librettos und leichte Musik, es gibt ja Komponisten heute, die alle 14 Tage eine Operette schreiben. Die Theaterdirektoren leben aber schon lange nicht mehr vom Eintrittsgelderertrag, das wovon sie leben, sind mehr die Walzer, die die ~~XX~~ Spiessertüchter auf dem Klavier herunterklimpern, zum Entsetzen aller die nebenan wohnen. Die leben, mit einem Worte, vom Verlagsgeschäft. Die Fledermaus ist 17 mal aufgeführt worden und müsste hundert Mal heruntergeleiert. Es handelt sich eben heute nur mehr um diese Reisserwalzer und da werden die Direktoren reich dabei, die Schauspieler und Sänger werden bei 300 maliger Aufführung bloß. (Heiterkeit) Heute werden durch diesen Trick ~~XXXX~~ dem Staate seine Einnahmen entzogen und auch wir fallen durch, weil die Freikarten nicht besteuert werden. Weil ich aber der Meinung bin, dass die meisten Freikartenbesitzer eigentlich unter den wohlhabenden Kreisen zu suchen sind, so bitte ich Sie diese Freikartenbesitzer nicht auszulassen, und ich stelle den Antrag: Der Herr Bürgermeister wird ersucht bei der Regierung dahin zu wirken, dass ~~XXXX~~ die Freikarten der gleichen Abgabe unterzogen werden. Wenn der

mit 5 Kronen kostet, so können diese Leute wenigstens 50 Heller an Steuer bezahlen. Wenn wir schon eine Steuer machen, so muss sie so gemacht werden, dass sie auch dem Gerechtigkeitsgefühl entspricht. (Lebhafter Beifall im ganzen Hause)

GR. Emmerling: Die Vorlage hat alle Stellen ordnungsgemäss passiert. Es wurden alle ~~XXXX~~ vorgebracht und zur Kenntnis genommen und noch im Gemeinderate wurden einige Einschaltungen vorgenommen. Die Vorlage ist dann in Ermanglung des Landtages an den Landesausschuss gegangen und auch dieser hat seine Zustimmung gegeben. Jetzt auf einmal, heisst es, dass sich die Interessentenkreise geändert haben. Der Herr Landesausschuss hat ja genügend diese Interessentenkreise charakterisiert. Wir sind ja ganz gerne geneigt, den Einspruch der Interessentenkreise gelten zu lassen, aber das darf man doch nicht allein nur hier tun. Die Statthalterei und die Regierung sollen nicht vergessen, dass wir in der nächsten Zeit ein einen ganzen Haufen von neuen Steuern bekommen werden, und da soll man dann auch die Interessentenkreise zur Sprache kommen lassen. Die neuerliche Vorlage bedeutet nichts anderes, als einen Sieg der Freikartenbesitzer, jener ~~XXXX~~ Leute, die das Theater nur wurzen.

Wir sehen ein merkwürdiges Verhalten jener Kreise, welche immer vom Durchhalten sprechen. Wer heute Sitze mit 5, 6, 8 oder 10 K kauft, eventuell mit dem Auto oder Fiaker vorfährt und nachher sich ein Soupeé leisten kann, der kann wirklich auch diese paar Heller an Steuer der Gemeinde zuführen, abgesehen davon, dass der Arbeiter oder Gewerbetreibende Mühe hat, eine billige Karte bekommen zu können, weil diese bei dem Kassieren vorweggenommen und durch Agiotage ~~XXXX~~, die allerdings verboten ist, mit hohen Preisen belegt werden. Wir stehen auf dem Standpunkte, dass die Vorlage nicht abgeändert werden soll. Wir sollen uns Einsprüche von solchen Interessenten nicht gefallen lassen. Es würde noch fehlen, dass auch die Interessenten der Totalisateurststeuer mit einem Einspruche kommen. Wir sind für den ursprünglichen Vorschlag und Antrag und wenn der abgelehnt werden sollte, für den Zusatzantrag Biehlolawek. VBGM. Hoos betont in seinem Schlussworte, dass von Seite der Regierung Schwierigkeiten gemacht worden sind und dass, wenn der Gemeinderat bei seinem früheren Vorschlage bleibt, zu befürchten ist, dass die Regierung die Sache nicht zur Sanktion vorlegt.

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag angenommen. Der Zusatzantrag Biehlolawek betreffend die Besteuerung der Freikarten wird einstimmig angenommen.

VB. Hoos beantragt zur Post: Totalisateursabgabe zum Wiener allgemeinen Versorgungsfonds. Der Gemeinderatsbeschluss

vom 16. Mai 1916 wegen Erhöhung des staatlichen Zuschlages zur staatlichen Abgabe von den durch besondere Unternehmungen (Totalisateure) vermittelten Wetten von 40 % auf 60 % wird aufrecht erhalten und der Bürgermeister ersucht, bei der k.k. Regierung in der entsprechenden Weise vorstellig zu werden, damit dieser Beschluss die legislative Genehmigung finde.

VB. Rain berichtet über das Kaufangebot der Österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz auf das Hotel „Schneebergbahn“ in Puchberg und stellt den Antrag: Die Gemeinde Wien als Inhaberin der protokollierten Firma Brauhaus der Stadt Wien verkauft die Hotelrealität „Schneebergbahn“ in Puchberg samt dem Wirtschaftshause, ferner das gesamte Inventar, ausserdem die Konzession an die Österreichische Gesellschaft vom Roten Kreuz auf Grund ihres Offertes um den Gesamtkaufschilling von 180.000 K.

GR. Melcher erklärt, dass er natürlich bei dieser Gelegenheit auf die gelegentlich der Erwerbung der in Verhandlung stehenden Realität im Gemeinderate abgeführte Debatte hinweisen. Die Gemeinderäte der Opposition, darunter auch der Redner, haben damals den Ankauf als ein für die Gemeinde ungünstiges Geschäft bezeichnet und mit dem heutigen Referenten werde dies bewiesen. Der Verlust der damals von den Rednern der Opposition angegeben wurde, werde heute vollständig einbekannt. Aber diese Differenz von 50 oder vielleicht sogar 70.000 Kr. wollen wir gerne verschmerzen, nachdem die Realität Zwecken eines Institutes zugeführt werde, dessen Gemeinnützigkeit und dessen ausserordentlich humanitäres Wirken allgemein anerkannt werde.

Nach dem Schlussworte des Referenten VBGM. Rain wird der Antrag mit mehr als 80 Stimmen angenommen.

Nach einem Berichte des VB. Rain wird dem Fremdenblatt zur Herausgabe der am 1. August 1916 erscheinenden „Kaiser- und Thronfolger-Nummer“ seines illustrierten Teiles „Das Weltbild“ eine einmalige Subvention von 2000 K bewilligt werden.

GR. Reumann: Wir sollen etwas subventionieren, was wir eigentlich nicht ~~XXXX~~ können. Jedenfalls ist es nichts weiter als ein Akt der Loyalität und diesen könnten wir viel besser betätigen. Ich würde dafür sein, dass diese 2000 K zur Unterstützung jener Franen von Mobilisierten verwendet werden, die heute noch nicht für ihre Kinder unter 8 Jahren die entsprechende Erhöhung erhalten haben, weil die Statthalterei noch nicht in die Lage gekommen ist, die zahlreichen Erledigungen durchzuführen. Ich kann nicht für den Antrag stimmen, wäre aber sehr gerne bereit, wenn der Referent sich meinem Antrage anschliessen würde.

V. Bgm. Rein erwidert in seinen Schlussworte, dass die deutsche Presse auf diesem Gebiete sehr viel leistet und das sich die Gemeinde Wien nicht ausschliessen könne; es heisst in der Zuschrift des Fremdenblattes, dass Bilder der Stadt Wien und ihrer reizenden Umgebung gebracht werden sollen. Es bleibt dem Herrn Gemeinderat Reumann unbenommen, einen Betrag für den von ihm gewollten Zweck zu beanspruchen.

Der Referentenantrag wird angenommen.

GR. Aichhorn legt den Verwaltungsbericht der Städt. Kaiser Franz Josefs- Jubiläums- Lebens- und Renten-Versicherungsanstalt für das Betriebsjahr 1915 vor.

Der Bericht wird genehmigt.

StR. Braun beantragt die Baulinienbestimmung für einen Teil der Simmeringer Lände und der Simmeringer Halde im 11. Bezirk in der Umgebung der Teerfabrik. Hinsichtlich der Verbauung wird festgesetzt, daß Wohnhäuser nur drei Stockwerke erhalten dürfen und freistehend zu errichten sind; im Übrigen ist das Gebiet vorzugsweise für Industriebauten bestimmt.

(Ang.)

Nach einem Berichte des StR. Tomola wird das Mehrerfordernis für Adaptierungsarbeiten im Antehause für den 17. Bezirk in der Höhe von 251 K genehmigt.

Nach einem Berichte des StR. Tomola wird der Gesellschaft Lehrmittel-Zentrale auch für das Jahr 1916 eine Subvention von 5000 K bewilligt.

StR. Tomola beantragt die Nachsicht der Beheizungs- und Beleuchtungskosten für die an den akademischen Senat der k.k. Universität Wien unentgeltlich überlassenen Räume in städt. Schulgebäuden behufs Abhaltung volkstümlicher Universitätskurse im Wintersemester 1916/17. (Ang.)

Nach einem Bericht des StR. Haas wird dem Vereine zur Gründung und Erhaltung eines Rekonvaleszentenheimes für Arme eine ausserordentliche Subvention von 4000 K zur Pflege armer rekonvaleszenten Frauen in Unter-Oberndorf bewilligt.

StR. Dr. Haas berichtet über die Neuorganisation der Armenkinderpflege durch Einführung einer Familienhilfe an Stelle der Abnahme von Kindern, und beantragt die Genehmigung einer Reihe von grundsätzlichen Bestimmungen in teilweiser Aenderung der bisher geltenden Normen.

GR. Reumann begrüsst den Antrag, wünscht jedoch eine gewisse Differenzierung, da man doch unmöglich bestrebt sein könne, ein Kind in der Familie zu belassen, in der es unter Umständen der Tuberkulosekrankheit viel stärker ausgesetzt wäre, als in einer Pflegefamilie. Redner wünscht ferner eine weitgehendere Ausgestaltung der Institution der Armen- und Waisenträte, um eine fortwährende Ueberwachung der Kinder herbeiführen zu können. Es sollen deshalb möglichst

viele freiwillige Organe ohne Unterscheid auf Partei und Religion herangezogen werden, um in rationaler Weise die Kinderpflege und die Kontrolle durchzuführen.

Nach dem Schlussworte des Referenten wird dessen Antrag angenommen.

StR. Dr. Haas beantragt die Erhöhung des Kredites für den Ankauf von Pferden für die städt. Sanitätsstationen von 46.000 auf 54.000 K. (Ang.)

Nach einem Berichte des StR. Payer wird das Mehrerfordernis für die weiteren Instandsetzungsarbeiten im Baumgartner Kasino 13. Bezirk, Linzerstrasse 297, mit dem Betrage von 20.000 K bewilligt.

Nach einem Bericht des StR. Schmid wird der Entwurf für die Verlängerung des neuen Naschmarktes bis 50 m oberhalb der Magdalenenbrücke mit dem Kostenfordernisse von 49.951 K genehmigt.

Bgm. Dr. Weisskirchner übernimmt den Vorsitz.

StR. Schneider beantragt die Baulinienbestimmung für zwei Baublöcke auf dem Maria Josefs-Platze im 2. Bezirk - Er beantragt weiters, den Magistrat zu beauftragen, wegen eines architektonisch einwandfreien Abschlusses der Ausstellungsstrasse zu berichten und vom Donau-Regulierungsfonds Baugründe im Ausmaße von rund 70.000 m² am den Betrag von 2.025.743 K zu erwerben. (Ang.)

Nach einem Berichte des StR. Schneider gibt der Gemeinderat seine Zustimmung das die Österreichische Gasbeleuchtungs-Aktien-Gesellschaft vom 1. Juli 1916 an in dem von ihr versorgten Wiener Gemeindegebiete dieselben Gasmesser-Mieten einhebe, wie die städtischen Gaswerke. (Angenommen)

StR. Schneider beantragt das Erfordernis für die innere Einrichtung des neuen Amtshauses 1. Bezirk Felderstrasse mit dem verschnittenen Kostenbetrage von 57.018 K zu genehmigen. (Ang.)

BGM. Dr. Weisskirchner: Bevor ich dem nächsten Referenten das Wort erteile, erlaube ich mir den Herren Mitteilung zu machen, von den Nachrichten in den Abendblättern über das schwere Unglück in Wiener Neustadt. Bisher sind 31 Tote und 100 Verletzte gezählt und bei einem grossen Teil der Schwerverletzten wird an ihrem Aufkommen gezweifelt. Ich bitte den Gemeinderat sich zu ernüchtern, dass ich unser benachbarten Stadt Wiener Neustadt, das tiefste Beileid zum Ausdruck bringe. (Allseitige Zustimmung)

StR. Scherzer berichtet über die Schaffung eiserner Salvatormedaillen und führt aus: Sr. Exzellenz der Herr Bürgermeister hat vor längerer Zeit im Stadtrate die Anregung gegeben, anlässlich des Kriegsjahres an Personen, die sich an solchen Aktionen der Gemeinde beteiligten, die geeignet sind, die Kriegnot im Hinterlande zu mildern, eine besondere Salvatormedaille, die dem Ernste der Zeit Rechnung trägt, zu

verteilen. Diese Medaille sei in Eisen zu prägen und an solche Personen zu verleihen, die sich in ganz besonderer Weise um ihre Mitbürger während der Kriegszeit verdient gemacht haben. Die Gemeinde Wien besitzt unter allen Städten Oesterreichs allein den Vorzug, eine Auszeichnung verleihen zu dürfen, es ist dies die Salvatormedaille, die ihren Namen von der Rathauskapelle des alten Rathauses herleitet.

Im Jahre 1575 wurde vom Wiener Stadtrate der „Guldenspennig mit gemainer stat wappen“, der etwas später, im Jahre 1581 bereits das Salvatorbildnis auf der Vorderseite trug, geprägt. Seit dem Beginne des 18. Jahrhunderts wurde die Schraunze statt „Ratspennig“, „Salvatorpennig“ oder „Salvatordukaten“ genannt, und wurde damals als Neujahrs-Gabe an höhere Funktionäre der Stadt verliehen. In späterer Zeit wurde der Salvatorpennig als Belohnung für der Stadt erwiesene Gefälligkeiten und Dienste an Standespersonen der Stadt anerkannt. Deither wurde der Salvatorpennig stets als Auszeichnung der Gemeinde Wien verliehen und das Recht der Gemeinde denselben als Auszeichnung zu verleihen zu dürfen, von den Regierungen stets anerkannt. Ein Regierungsdekret vom Jahre 1811/kannte das Recht der Gemeinde Wien, die Salvatormedaille als Auszeichnung zu verleihen zu dürfen, ausdrücklich an und wurde dieses Recht schon in die provisorische Gemeindeordnung vom Jahre 1850, sowie in das seither wiederholt ungedrängte Gemeindestatut stets wieder aufgenommen.

Von diesen, statutarisch festgesetzten Rechten macht nun in diesen schweren Kriegzeiten die Gemeinde Wien Gebrauch.

In dankbarer Würdigung der zahllosen Verdienste, die sich in diesen schweren Zeiten Wiens Bürger und Wiens Bürgerfrauen und -Mädchen um ihre Mitbürger erworben haben, soll entsprechend dem Ernste unserer eisernen Zeit, ein „eiserner Salvatorpennig“ geprägt und an solche Personen verliehen werden, die in beispielgebender Weise sich in den Dienst ihrer schwerbedrängten Mitbürger gestellt haben.

Die eiserne Salvatormedaille, für die ich mir den historischen deutschen Namen „Salvatorpennig“ erbitte möchte, soll von einem hervorragenden Künstler Wiens geschaffen werden.

Die Umschriften sollen, in Anlehnung an die Ueberlieferung festlegen, dass die eiserne Salvatormedaille, ungeachtet ihres eisernen Kleides der alte, ehrwürdige Ratspennig geblieben sei, wogegen eine neue Umschrift, der Kriegszeit Rechnung tragend, die Widmung enthalten soll: „Die Stadt Wien - Für Verdienste in eiserner Zeit“

Diese Medaille würde demnach nicht als Abänderung der bestehenden, aus edlen Metalle geprägten Salvatormedaille, die

unter den bisherigen Bedingungen ungestört weiter verliehen werden kann und wird, sondern als Symbol einer besonderen Zeit angesehen werden und ~~als~~ ^{als} solche in später Zeit einer grossen Seltenheitswert erlangen.

Mit Stolz und Genugthuung kann die Stadt Wien auf die zahlreichen Fürsorge ~~werke~~ ^{werke} blicken, die anlässlich des Krieges, teils von der Gemeinde selbst, teils durch ihre tatkräftige Förderung geschaffen wurden. Nur der eisernen Willenskraft und dem nie ermüden Eifer einzelner Männer und Frauen, ist das Zustandekommen all dieser Werke zu verdanken, die dazu bestimmt sind, die Schäden, die der Krieg verursacht hat, nach Möglichkeit wieder gut ~~zu~~ ^{zu} machen und die Leiden des Krieges leichter zu überwinden.

Ehrenpflicht der Gemeinde muss es daher sein, diesen Personen, die sich durch ihr Wirken auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge der Gemeinde Wien unvergängliche Verdienste erworben haben, den gebührenden Dank abzustatten und sie durch Verleihung einer städtischen Auszeichnung zu ehren. Der Gemeinderat besitzt, wie ich ausgeführt habe, das Recht als sichtbares Zeichen der Anerkennung verdienstvollen Personen die Salvatormedaille zu verleihen; diese wurde bisher ausschliesslich aus Gold geprägt.

Nicht der Zeit entsprechend erscheint mir jedoch dieses Metall schlicht und einfach soll vielmehr das Zeichen der Anerkennung sein, durch das die Verdienste jener Personen geehrt werden sollen, die sich auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge der Gemeinde Wien während des Weltkrieges in selbstloser, uneigennütziger Weise betätigt haben. Darum werde diesen Männern und Frauen die Salvatormedaille aus Eisen verliehen.

Ich erbitte mir nun Ihre Zustimmung zu den Anträgen des Stadtrates.

Nach einem Berichte des StR. Zatzka wird dem ständigen Eisenbeton-Ausschuss des Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereines für die im Jahre 1916 durchzuführenden Versuche eine Subvention von 1500 K bewilligt.

StR. Zatzka berichtet über die Eingabe der Allgemeinen Oesterr. Boden-Credit-Anstalt um zeitweise Nichteröffnung einer kleinen Gasse auf den parzellierten Gründen der Modens-Realität und beantragt mit Rücksicht auf die Verbauung der Baustellen 13 bis 17 und 1 bis 4 der Modens-Realität mit Zwei-Familien-Wohnhäusern unter gleichzeitiger Herstellung von Gartenanlagen von der Eröffnung ^{Gasse} der/zwischen der Salesianergasse und der projektierten, parallel mit der letzteren verlaufenden Gasse derzeit abzusehen und den an die Baustellen 13 bis 17 angrenzenden Teil dieser Gasse bis zu einer Breite von 10 m dem Eigentümer dieser Baustellen und den restlichen Teil dieses Gassenteiles dem Eigentümer der Baustellen 1 bis 4 pachtweise zu überlassen.

6

GR. Skaret: ~~Am~~ Die Parzellierung der Modema -Gründe wurde seinerzeit im Einvernehmen mit der Bodenkreditanstalt gemacht. Ich verstehe nicht, dass sich die Gemeinde ohne zwingenden Grund auf 25 Jahre dieser Strasse einfach entschlägt. Wenn die Dinge hier im Gemeinderate unausgesetzt so fortgehen, dass man heute eine Parzellierung beschliesst und irgend ein Privater kommt dann nach Monaten her und ersucht um Abänderung und wenn sich dazu die Wiener Gemeindevertretung mit dem Stadtrate und Bauamt dazu hergibt um sofort wieder eine Abänderung vorzunehmen und als notwendig erkannte Dinge dann als überflüssig erklärt, dann haben die Beschlüsse in Bezug auf unsere ganzen Strassen- und Baupläne sehr wenig Wert. Dann ist die neue Bauordnung, wenn sie hier beschlossen wird, auch nur eine sehr problematische Sache.

Zatzka
Stadtrat ~~Zatzka~~ erklärt in seinem Schlussworte, dass die Gasse nicht über ^Verlangen der Gemeinde, in Aussicht genommen wurde, sondern lediglich vom Parzellierungswerber. Die Gemeinde erapare jetzt die ganzen Herstellungskosten und mache ausserdem noch ein Geschäft-

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

BGM. Dr. Weisskirchner: Die Tagesordnung unser heutigen öffentlichen Sitzung ist erledigt, Wenn nicht ausserordentliche Verhältnisse mich dazu zwingen, werde ich mit dem Einverständnis der Obmänner aller Parteien den Gemeinderat erst wieder im September einberufen. Sollte sich früher eine Notwendigkeit hiezu herausstellen, bitte ich die Herren die Sommerferien zu unterbrechen und meiner Einladung Folge zu leisten.

Die öffentliche Sitzung ist geschlossen.

====+====